



Gasgeben bei Elektroautos ist eine Sache. Viele Fragen verbergen sich aber hinter dem Thema – etwa wo die Fahrzeuge aufgetankt werden

Foto: ddp

Land bei Elektroauto im Hintertreffen

Nordrhein-Westfalen könnte dem Autoland bald die Rücklichter zeigen – Wirtschaft drängt Oettinger

Experten befürchten, dass Baden-Württemberg als Wiege des Automobils in Sachen Elektromobilität ins Hintertreffen geraten könnte. Sie haben an die Landesregierung appelliert, hier eine Führungs- und Koordinierungsrolle zu übernehmen.

VON IMELDA FLAIG

STUTT GART. Autohersteller, Zulieferer und Institute arbeiten längst an der Elektrifizierung des Antriebs, auch wenn der Verbrennungsmotor noch die nächsten 20 bis 30 Jahre das „Brot-und-Butter-Geschäft“ sein wird. „Elektromobilität muss sichtbar werden und raus aus den Laboratorien rein in die Wirklichkeit“, sagte Herbert Kohler, Leiter Konzernforschung und Vorentwicklung Fahrzeugbau und Antrieb der Daimler AG, bei einer Expertenanhörung im Staatsministerium in Stuttgart. Das Land müsse Gas geben, die Kräfte bündeln und eine Landesinitiative starten, waren sich die Fachleute aus Unternehmen und Instituten einig.

Ein Vorschlag von Ministerpräsident Günther Oettinger, sich Anfang nächsten Jahres in gleicher Runde wieder zu treffen, ging vielen nicht weit genug. Man sollte so lange nicht warten, mahnten die Fachleute. Hören konnte das Oettinger nicht, denn er war vorzeitig zu einer Kabinettsitzung entschwinden. Deshalb überbrachte er der Runde auch nicht selbst seine Vorschläge. Diesen Part übernahm Europaminister Wolfgang Reinhardt für Oettinger.

„Noch 2009 müssen wir den Sack zuzumachen“, mahnte etwa Daimler-Manager Kohler eindringlich, denn Länder wie Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen seien massiv in den Startlöchern. Offenbar sieht sich Nordrhein-Westfalen schon in der Favoritenrolle und will diese auch beim IT-Gipfel

Info

Elektroantrieb hat viele Facetten

Der Elektromotor gilt als Autoantrieb der Zukunft. Die unterschiedlichen Technologien:

- **Full-Hybrid:** Hier unterstützt der Elektromotor den Verbrennungsmotor – vor allem im Stadtverkehr. Bei geringen Geschwindigkeiten oder beim Anfahren kann ein Full-Hybrid allein durch den Elektromotor angetrieben werden. Die Batterie lädt sich während der Fahrt mit dem Verbrennungsmotor auf.
- **Mild-Hybrid:** Ähnlich wie beim Full-Hybrid übernimmt die Batterie nur eine unterstützende Funktion des Verbrennungsmotors, etwa beim Anfahren oder Beschleunigen.
- **Plug-in-Hybrid:** Er wird auch Steckdosen-Hybrid genannt. Die Batterie ist hier größer angelegt, so dass das Auto Kurzstrecken ausschließlich mit Stromantrieb zurücklegen kann. Zum Aufladen muss die Batterie ans Stromnetz angeschlossen werden.
- **Range Extender:** Das ist ein Elektroantrieb mit Notstromaggregat und ermöglicht eine größere Reichweite. Der batteriebetriebene

Elektromotor ist der Standardantrieb. Wenn die Batteriekapazitäten für längere Strecken nicht reichen, schaltet sich ein benzinbetriebener Stromgenerator als Energielieferant ein.

- **Reiner Batteriebetrieb:** Das Auto wird ausschließlich von einer Batterie angetrieben. Doch die hat Grenzen bei Leistung und Reichweite. Daher ist diese Technologie nur für Stadtautos mit geringen Reichweitenansprüchen interessant und für Modelle, die genug Platz für Batterien haben. Große Hoffnung setzt man auf die neuen Lithium-Ionen-Batterien, die gegenüber herkömmlichen Nickel-Metallhydrid-Batterien deutliche Vorteile haben: Sie haben eine höhere Leistung und damit eine höhere Reichweite, sind kleiner und leichter. Außerdem haben sie nur eine geringe Selbstentladung und praktisch keinen Memory-Effekt.

- **Brennstoffzelle:** Hier liefert eine wasserstoffbetriebene Brennstoffzelle den nötigen Strom. Damit sind zwar höhere Reichweiten möglich, doch ist die Technik aus Kostengründen nicht wettbewerbsfähig. (imf)

fel am 8. Dezember in Stuttgart ausspielen. Gipfelthema ist auch Elektromobilität. Dabei geht es vor allem um die Abrechnung beim Aufladen der Batterien, wie SAP-Forschungschef Lutz Heuser erläuterte. „Wir müssen beim IT-Gipfel so aufgestellt sein, dass man ein Konzept auf den Tisch legen kann“, so auch der Appell von Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster. „Koordination tut not.“

Gefordert ist das Land etwa bei der Infra-

struktur. „Wir sollten uns gedanklich freimachen davon, dass wir Elektrofahrzeuge in der Garage aufladen“, so Daimler-Manager Kohler. Man brauche eine Batterielade- und Wasserstoffinfrastruktur ergänzend zum heutigen Tankstellennetz. Es gehe um städtebauliche Fragestellungen und die politischen Voraussetzungen für die Einführung der Elektromobilität, sagte auch Franciscus van Meel von der Audi AG. „Das Staatsministerium muss den Taktstock

schwingen“, pflichtete auch Porsche-Forschungschef Wolfgang Dürheimer bei, was die Koordinierung der unterschiedlichen Partner angehe.

„Die Landesregierung kommt bei der Elektromobilität erneut viel zu spät aus den Puschchen“, monierte Industriepolitiker Peter Hofelich für die SPD-Fraktion. Es fehle ein klares Konzept der Oettinger-Regierung. Bosh etwa plant den Bau eines neuen Werkes in Europa, um Batteriezellen und Batteriepack zu produzieren. Wenn die Rahmenbedingungen stimmten, könnte der Standort auch in Baden-Württemberg liegen, sagte der für Elektrofahrzeuge zuständige Bosch-Manager Roland Ehnitz.

Als erster Schritt eine Stabsstelle, dann ein Koordinierungsbüro

Bundesweit könne die Elektromobilität rund 50 000 zusätzliche Arbeitsplätze bringen, rechnet Jürgen Garche vom Stuttgarter Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung (ZSW) vor. Nach einer Prognose der Bundesregierung im Nationalen Entwicklungsplan E-Mobilität könnten bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge am Markt sein, das wären zwei Prozent des Gesamtbestands. Bei einer Leistung von 20 Kilowatt erfordert dies eine installierte Ladeleistung von 20 000 Megawatt. Zum Vergleich: Die Jahreshöchstlast in Deutschland liegt bei 80 000 Megawatt. Die Lösung könne nur über eine intelligente vernetzte Regelung der Nachfrage erfolgen, sagte EnBW-Chef Hans-Peter Villis.

Als erster Schritt soll nun eine Stabsstelle Elektromobilität im Staatsministerium eingerichtet werden und mit den Partnern in ein gemeinsames Koordinierungsbüro überführt werden. Dadurch könnten die Aktivitäten im Land besser gebündelt werden, sagte Oettinger nach der Kabinettsitzung.

Mit den Temperaturen sinken die Gaspreise

Doch schon zur Jahreswende sollen die Tarife wieder steigen

BERLIN (AP/dpa). Zu Beginn der kalten Jahreszeit können sich Millionen Verbraucher in Deutschland über niedrigere Gaspreise freuen. Nach Marktstudien von Verbraucherportalen senken fast die Hälfte der Versorger zum Auftakt der Heizperiode die Preise. Strom bleibt dagegen teuer.

Laut Toptarif.de haben 305 Gasversorger angekündigt, im Oktober oder November den Rotstift anzusetzen. Im Durchschnitt werde das Gas um 8,2 Prozent billiger. Weitere 32 Unternehmen hätten bereits im September die Preise gesenkt. „Ein Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 20 000 Kilowattstunden Gas wird damit pünktlich zu Beginn der Heizperiode um 197 Euro entlastet“, so Energieexperte Thorsten Bohg.

Von günstigeren Gaspreisen werden die Verbraucher nach Einschätzung der Branchenkenner allerdings wohl nur in der ersten Hälfte der Heizperiode profitieren können. „Da sich der für den Gaspreis maßgebliche Ölpreis seit dem Frühjahr wieder stark verteuert hat, werden die Endkunden spätestens zum Jahreswechsel wieder mit flächendeckenden Preisanstiegen zwischen fünf

und zehn Prozent konfrontiert werden“, warnte Bohg. Aktuelle Preissteigerungen bei 16 kleineren und mittleren Anbietern von durchschnittlich 4,6 Prozent kündigten bereits jetzt eine Trendwende im Winter an. Laut Check 24 liegt der Gaspreis in den 50 größten Städten derzeit um knapp 20 Prozent unter dem Niveau des Vorjahrs. Damit werde der Durchschnittshaushalt um mehr als 335 Euro pro Jahr entlastet.

In dem seit rund viereinhalb Jahren dauernden Prozess von 52 Hamburger Gaskunden gegen den regionalen Versorger Eon Hanse wird das Landgericht voraussichtlich am 27. Oktober ein Urteil verkünden. Zugleich deutete der Vorsitzende Richter der zuständigen Zivilkammer Chancen für die Kläger an. In dem Prozess wollen sich Eon-Kunden mit Unterstützung der Hamburger Verbraucherzentrale gegen ihrer Meinung nach unangemessene Preiserhöhungen aus dem Jahr 2004 wehren. Nach Einschätzung des Richters könnten sie Erfolg haben. Die Preisänderungsklausel sei nicht transparent genug formuliert und deshalb rechtlich wohl unzulässig.

Bundesrichter stärken Wettbewerb um Netze

Betreiber müssen sie nach Ablauf der Konzession übereignen

KARLSRUHE (lsw). Der Bundesgerichtshof (BGH) hat den Wettbewerb um den Betrieb von Strom- und Gasnetzen gestärkt. Nach einem Grundsatzurteil müssen Netzbetreiber nach dem Auslaufen ihrer Konzession das Eigentum an den Netzen gegen einen angemessenen Preis abgeben. Das BGH-Urteil hat Auswirkungen auf Tausende Verträge, die in den kommenden Jahren auslaufen. „Auch in anderen Verträgen kann danach eine Übereignung der Netze verlangt werden“, sagte der Senatsvorsitzende Joachim Bornkamm (AZ: EnZT 14/08 und 15/08).

Das gilt dann, wenn – wie früher bundesweit üblich – in den Konzessionsverträgen zwischen Kommune und Netzbetreiber ein entsprechender Anspruch festgeschrieben ist. Damit gab das Gericht zwei hessischen Energieversorgern recht, die von der Heag Südheissische Energie (HSE) die Übereignung der Netze verlangen. Die HSE dagegen wollte Eigentümerin bleiben und die Netze nur verpachten. Geklagt hatten Gruppen-Gas und Elektrizitätswerk Bergstraße (GGEW) sowie Energieried.

Kern des Streits ist eine – seinerzeit

bundesweit übliche – Klausel in den 1991 geschlossenen Verträgen, in denen die Kommunen langfristige Konzessionen für den Betrieb von Strom- und Gasnetzen vergeben haben. Danach muss der Versorger – falls er nicht selbst wieder zum Zug kommt – das Netz nach Ablauf des Vertrags an die Kommune oder den neuen Konzessionär übereignen. Die HSE sah sich daran nicht mehr gebunden: Im Energiewirtschaftsgesetz von 2005 sei nur eine „Überlassung“, aber keine „Übereignung“ der Netze vorgesehen.

Der BGH dagegen sieht den Vertragsanspruch auf Übereignung nach wie vor als bindend an. „Die vertragliche Verpflichtung ist in diesem Punkt eindeutig“, sagte Bornkamm. „Es geht um den vollständigen Wechsel, und der wird am besten dadurch vollzogen, dass das Netz übernommen wird.“ Nach den Worten des GGEW-Anwalts Matthias Albrecht gibt es bundesweit rund 20 000 solcher Konzessionsverträge, von denen viele in den nächsten Jahren auslaufen; allein in Baden-Württemberg seien binnen weniger Jahre 500 von 800 Verträgen betroffen.

Bei den Putzkolonnen purzelt der Mindestlohn

Tarifverhandlungen gescheitert – Stundenlohn sinkt bis auf 4,61 Euro

FRANKFURT (dpa). Noch vor dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung ist der erste Mindestlohn Vergangenheit. Das liegt aber nicht am Willen der künftigen Koalition, sondern an den gescheiterten Tarifverhandlungen im größten Handwerkszweig, den Gebäudereinigern. In der Branche mit mehr als 850 000 Beschäftigten wird es ab Oktober keine tariflich festgelegte Untergrenze für den Stundenlohn mehr geben. Schon bisher verdienten die Putzfrauen und -männer nicht üppig. Rund 75 Prozent müssen sich laut Gewerkschaft IG Bau mit dem bisherigen Mindestlohn von 8,15 Euro (West) oder 6,58 Euro (Ost) begnügen. Mehr als die Hälfte putzt auf der Basis von Minijobs.

Mit Auslaufen des Tarifvertrags sinken die Untergrenzen bei Neueinstellungen auf 5,71 Euro beziehungsweise 4,61 Euro, das sind jeweils 30 Prozent unter dem niedrigsten Tarifgehalt und damit nach dem Gesetz gerade noch nicht sittenwidrig. Für die Stammbeschafteten gelten noch die alten Sätze, doch die Dumpingangebote auf Grundlage der neuen Untergrenzen dürften nicht lange auf sich warten lassen, sagen die Arbeitgeber vom Bundesinnungsverband.

Die Tarifpartner haben sich seit Januar in insgesamt sechs Runden nicht auf einen Nachfolgevertrag einigen können. Zwischen der Forderung nach 8,7 Prozent mehr Geld und den auf 21 Monate angebotenen drei Prozent liegen offenbar unüberbrückbare Schluften. IG-Bau-Vorstand Frank Wynands sieht die Reingewinn der Wirtschaftskrise nicht so schwer getroffen wie andere: „Die Branche ist besser aufgestellt, als sie selber vorgibt.“ Die Umsatzrendite vor Steuern liege bei den Unternehmen zwischen zwei und drei Prozent, und wenn es den Kunden schlechtgehe, forderten diese unverhohlen die Solidarität ihrer dauerhaften Dienstleister ein, hält Geschäftsführer Johannes Bunnag vom Innungsverband dagegen. Reinigungsverträge würden auf diesem Weg extrem kurzfristig beendet, Kurzarbeit und Entlassungen seien die Folge.

Offiziell stehen die Zeichen also auf Streik. Doch ob dieser größere Ausmaß annimmt, scheint fraglich. So ganz ist der Gesprächsfaden nie abgerissen in den Verhandlungen seit Januar. Selbst nach Erklärung des Scheiterns seitens der IG Bau im August gab es noch Kontakte und Gespräche unter vier Augen, wie aus Verhandlungskreisen berichtet wird.

Dass sie sich übermäßig viel Zeit bis zu einem Arbeitskampf lasse, weist die Gewerkschaft zurück: „Innerhalb der Friedenspflicht durften wir den Arbeitskampf nicht mit einer Urabstimmung vorbereiten“, sagt Sprecherin Sigrun Heil. Mit dem Monatswechsel soll daher alles recht flott gehen.

Kurz berichtet

Schott streicht Stellen

Der Glaskonzern Schott will an mehreren deutschen Standorten fast 300 Stellen abbauen. Betroffen sind 90 Mitarbeiter des Segments optisches Glas in Mainz und rund 100 Mitarbeiter des Werks im niedersächsischen Grünenplan, wo unter anderem Brillenglas-Rohlinge produziert werden, sowie 100 Stellen bei Schott Lithotec in Jena.

Warnung vor Hautbleiche

Das rheinland-pfälzische Landesuntersuchungsamt hat vor dem Einsatz gefährlicher Hautbleichmittel gewarnt. Die häufig in Afro-Läden angebotenen Mittel würden oft den Stoff Hydrochinon enthalten, der Hautschäden und Krebs auslösen könne, erklärte ein Sprecher des Amtes in Koblenz.

Druck-Fusionspläne

Die Fusionsgespräche der Druckmaschinenhersteller Heidelberger Druck und Manroland kommen nach Informationen aus Unternehmenskreisen voran. Die Gespräche könnten bald abgeschlossen werden. Das gefährdete Manroland-Werk in Offenbach soll erhalten bleiben.

Heizöl

Verkaufspreise frei Verbrauchertank im Großraum Stuttgart je 100 Liter Premiumqualität – im Tankwagen frei Haus bei einer Verbrauchertankanlage (in Euro einschließlich 0,35 Euro Bevorratungsbeitrag und 19 % Mehrwertsteuer). Für Normalqualität Preisabschlag. Zahl der Notierungsbeteiligten: 9

Menge	Preisspanne	Durchschnitt
1001 bis 1500	60,69 – 67,12	63,37
1501 bis 2000	58,91 – 61,77	60,56
2001 bis 2500	59,02 – 59,68	59,35
2501 bis 3500	56,61 – 57,71	57,09
3501 bis 4500	56,40 – 56,55	56,48
4501 bis 5500	55,50 – 55,97	55,66
5501 bis 6500	54,50 – 55,39	54,95
6501 bis 7500	54,81 – 56,64	55,54
7501 bis 8500	54,46 – 55,10	54,82